

# Das Soziale neu denken - Für eine langfristig angelegte Reformpolitik

[...] Sollen Solidarität und Gerechtigkeit angesichts struktureller Massenarbeitslosigkeit und demographischen Wandels wiederhergestellt und gesichert werden, brauchen wir einen Aufbruch, der das Soziale neu denkt. [...] Reformen können der Weg sein zu einer gerechteren Gesellschaft.

Dies kann gelingen, wenn die Reformen das Wohl aller im Blick haben, also auch derer, die zwar vielleicht zahlreich sind, aber in der Wahrnehmung ihrer Interessen nicht so durchsetzungsstark, wie zum Beispiel Familien und Arbeitslose. Und es kann dann gelingen, wenn wir unseren Kindern und den nachfolgenden Generationen gleichsam ein Mitspracherecht einräumen, für zukunfts-fähige Gerechtigkeit und Solidarität.

Mit dem vorliegenden Impulstext versucht die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz (VI) Bedingungen aufzuzeigen, die es ermöglichen, über die Tagesaktualität hinaus einen langfristig zukunftsfähigen Reformpfad einzuschlagen und ihn auch einzuhalten. Dabei folgt die Kommission der Grundlegung des Gemeinsamen Wortes der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997, indem nunmehr Maßstäbe, Ordnungsprinzipien und Strukturen der Erneuerung des Sozialstaats auf politische Entscheidungsfähigkeit hin buchstabiert werden. Dies ist zugleich eine wenigstens partielle Fortschreibung dieses Schreibens. [...]

## Grundorientierungen für Reformen

Der notwendigen Reform des Sozialstaats könnten drei Grundprinzipien eine Richtung geben, die auf eine gerechtere Gesellschaft zielen. Sie haben ihren Grund im christlichen Menschenbild, das von einem breiten Konsens in unserer Gesellschaft getragen wird.

[1.] *Es geht um die Menschen, besonders die Ausgeschlossenen* - Der Mensch muss „Träger, Schöpfer und das Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen sein“, wie es die Enzyklika „Mater et magistra“ von Papst Johannes XXIII. formuliert hat. Die Wirkungen allen politischen Handelns, insbesondere in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sind daran zu messen, inwieweit sie letztlich der Wohlfahrt und den Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen zugute kommen. Dabei ist besonders darauf zu achten, „inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt. Dabei zielt die biblische Option für die Armen darauf, Ausgrenzungen zu überwinden und alle am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Sie hält an, die Perspektive der Menschen einzunehmen, die im Schatten des Wohlstands le-

ben und weder sich selbst als gesellschaftliche Gruppe bemerkbar machen können noch eine Lobby haben.“ (Gemeinsames Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“). - Die Würde des Menschen verlangt in jedem Fall die Sicherung eines Existenzminimums. Jedem Menschen ist eine freie Entfaltung und die Teilhabe an den öffentlichen Gütern zu ermöglichen. Hier verweisen das christliche Verständnis vom Menschen als einem Ebenbild Gottes und das staatliche Freiheitsrecht aufeinander. Das Selbstverständnis einer demokratischen Gesellschaft verlangt, ihren Mitgliedern dasjenige materielle Auskommen zu gewährleisten, das sie brauchen, um an dieser Gesellschaft teilzuhaben. Soziale und ökonomische Ungleichheiten müssen deshalb begrenzt werden. Im Zuge von Reformen sind Ungleichheiten immer dann legitim, wenn sie zum größten Vorteil der am wenigsten begünstigten Mitglieder der Gesellschaft sind. Je pluralistischer und individualistischer unsere Gesellschaft wird, desto wichtiger wird die Beteiligungsgerechtigkeit, und umso mehr müssen Menschen ihre Fähigkeiten entwickeln und ihre Bereitschaft entfalten können, zum Gelingen des Ganzen beizutragen. - Es gibt gute ökonomische Gründe für Wirtschaft und Unternehmen, für sozialen Frieden zu sorgen. Ebenso gibt es gute soziale Gründe für die Sozialpolitik, ökonomischem Denken Raum zu geben und wirtschaftlichen Fortschritt zu fördern. Die Wirtschaft ist Teil der Gesellschaft, das System sozialer Sicherheit stützt sich auf ökonomische Ressourcen und verantwortet die von ihm ausgehenden ökonomischen Anreize und Anreizbegrenzungen. Diese Maximen waren von Beginn an mit der Sozialstaatsentwicklung in Deutschland und der Idee der Sozialen Marktwirtschaft verbunden. Sie bilden auch den Kern einer erneuerten Sozialen Marktwirtschaft und eines erneuerten Sozialstaats, durch die unsere Gesellschaft wieder zukunftsfähig werden kann, um der Menschen Willen.

[2.] *Subsidiarität und Solidarität als Leitbilder* - Subsidiarität bedeutet die Förderung von Eigenverantwortung statt Fremdverantwortung, von Selbständigkeit statt Abhängigkeit. Sie fordert den Vorrang des Handelns der kleineren Einheiten gegenüber dem Zugriff der größeren. Gleichzeitig verlangt aber Subsidiarität die Unterstützung dieser kleineren Einheiten, wenn sie ihre Aufgaben nicht selbst bewältigen können. Subsidiarität ermöglicht durch Solidarität Freiheit. - Eine Gesellschaft wird nur dann solidarisch sein, wenn sie dem Einzelnen und den kleineren Einheiten einen möglichst weitreichenden eigenverantwortlichen Spielraum gibt. Sie wird nur dann dem Leitbild der Subsidiarität entsprechen, wenn sie dem Einzelnen und den kleineren Einheiten bei Überforderung Hilfe gewährt. Dies kann in die folgenden drei Elemente aufgliedert werden:

a) *Eigenverantwortung als Recht und Pflicht*: Jeder ist für die Gestaltung seines Lebens zunächst selbst verantwortlich. Es gilt deshalb, den Entscheidungsraum, das Recht auf die persönliche Entscheidung des Einzelnen möglichst weit und den Entscheidungsraum des Staates

möglichst eng zu fassen. Vor diesem Hintergrund ist die Funktion des Staates neu zu bestimmen. Den Einzelnen ist je für sich und in ihrem Miteinander mehr Autonomie zu geben, damit aber gleichzeitig mehr Verantwortung.

b) Hilfe zur Selbsthilfe: Menschen, die Krankheit, Not oder Benachteiligung erleiden, müssen Hilfe erhalten. Wo der Mensch zu etwas nicht oder nicht ausreichend in der Lage ist, dürfen und müssen übergeordnete Einheiten wie der Staat unterstützend tätig werden. Ihr erstes Ziel muss es sein, den Menschen (wieder) zu befähigen, selbst handeln zu können und seine eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten zu entfalten.

c) Den Einzelnen in seinem Netzwerk stärken: Wenn der Staat beansprucht, alle Bereiche menschlichen Lebens gestalten, regeln, ordnen und organisieren zu können, ist er offensichtlich überfordert. Er muss dem ermöglichenden Staat weichen, der durch einen Ordnungsrahmen und seine Aufsicht sicherstellt, dass es zu einem Ausgleich der Interessen kommt. Er muss die Voraussetzungen für mehr Beteiligungsgerechtigkeit schaffen, um „Ausgrenzungen zu überwinden und alle am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen“ (Gemeinsames Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“). Gerade in der Beschränkung auf klar umgrenzte Aufgaben und in der Zurückgewinnung seiner Unabhängigkeit gegenüber Interessengruppen liegt der Schlüssel zu einem leistungsfähigen Staat.

Es ist Zeit, sich neben dem Staat und der Wirtschaft der dritten Säule eines modernen, liberalen Gemeinwesens zuzuwenden, die durch Selbstorganisation und Selbstverantwortung geprägt ist. „Hierzu gehören in erster Linie die Familien (Haushalte und Verwandtenetze), aber auch die gemeinnützigen Einrichtungen, Formen assoziativer Selbsthilfe – beispielsweise in Kirchen, Gewerkschaften oder Vereinen – und Formen wechselseitiger Hilfe – etwa im Bereich von Nachbarschaften oder sonstigen Bekanntschaftsbeziehungen. Das gemeinsame Moment dieser unterschiedlichen Formen der Förderung des Gemeinwohls besteht in der ihnen zugrundeliegenden Solidarität der Beteiligten.“ (Gemeinsames Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“) Viele Menschen engagieren sich. Sie schenken anderen und der Gesellschaft an einer Stelle, die sie selbst bestimmen, Zeit, Ideen und Vermögen, beispielsweise durch vielfältige Formen des Ehrenamts oder durch Stiftungen. - Bei der Unterstützung bürgerschaftlicher Kräfte geht es ums Belohnen, nicht ums Entlohnen, es geht um Anerkennung und Anreize. Neben der Erwartung von Anerkennung sind die Suche nach Sinnerfüllung und persönlicher Entwicklung sowie das Bedürfnis nach Partizipation wichtige Antriebe für bürgerschaftliches Engagement. - Die rechtliche, finanzielle und steuerliche Förderung ist durchaus wichtig, entscheidend ist jedoch, dass der Staat die dafür nötigen Handlungsfelder freigibt, ohne seine Verantwortung für das Gemeinwohl, die Armen und die zukünftigen Generationen preiszugeben. Bei dem Eintreten für eine aktive Bürgergesellschaft geht es vor allem um die Würde des Menschen, die Eigen-

verantwortung, die Beteiligung jedes einzelnen Menschen, aber auch um eine Entlastung des überforderten Staates. - Notwendig ist ein „Subsidiaritäts-Check“: Der gesamte Sozialstaatskomplex müsste nach den Kriterien des Subsidiaritätsprinzips auf notwendige Reformen hin durchforstet werden. Notwendig bleibt aber auch ein „Solidaritäts-Check“, der bestehende Gerechtigkeitslücken aufdeckt und dadurch beseitigen hilft.

[3.] *Für eine integrale soziale Politik* - Im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft haben das Wachstum von Wirtschaft und Sozialstaat Wohlstand und Wohlfahrt für viele gemehrt. Es herrschte ein quantitatives Fortschrittsdenken, beruhend auf der Auffassung: Je mehr materielle Güter die Menschen haben, um so besser wird es ihnen gehen. Dieses Paradigma stößt nun an seine Grenzen und war eigentlich immer falsch. - Ein integrales Verständnis von sozialer Politik bedeutet zweierlei: Erstens muss alles, was gegenwärtig als „Sozialpolitik“ verstanden wird, an seinen Folgen für die Menschen, vor allem für die Ausgeschlossenen und kommenden Generationen, gemessen werden – und nicht nur an der guten Absicht oder an der Binnenlogik der Systeme. - Das bedeutet, dass immer auch gefragt werden muss, wo mit „sozialen“ Argumenten nur die Besitzstände einiger Privilegierter und gut Organisierter gesichert werden oder wo gut gemeinte soziale Strategien unsoziale und negative Folgen haben. Zweitens müssen alle jene Politikfelder zur Sozialpolitik in Bezug gesetzt werden, die außerhalb der traditionellen Sozialpolitik angesiedelt sind, die aber für die soziale Entwicklung viel entscheidender sein können als vieles, was innerhalb der Sozialpolitik mit viel Aufwand gepflegt wird. Dies gilt insbesondere für die Familien- und die Bildungspolitik. Dabei muss der Blick vor allem auf die nicht oder nur schwer organisierbaren Interessen gelenkt werden, die nicht die Aufmerksamkeit des politischen Systems finden, beispielsweise kinderreiche Familien, Arbeitslose, Bildungsarme.

Auszüge aus: *„Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen: Das Soziale neu denken - Für eine langfristig angelegte Reformpolitik“*. Hg. Deutsche Bischofskonferenz. Bonn, Dezember 2003. - Web: [http://dbk.de/imperia/md/content/schriften/dbk1b-kommissionen/ko\\_28.pdf](http://dbk.de/imperia/md/content/schriften/dbk1b-kommissionen/ko_28.pdf)